

Aus der Praxis eines Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs

Dieser Aufsatz stellt aus dem Blickwinkel eines Praktikers dar, wie sich die Situation der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (ÖbVI) im Land Brandenburg seit den 1990er Jahren verändert hat und beruht dabei auf dem Vortrag des Autors auf der 14. Gemeinsamen Fachtagung der ÖbVI und der Vermessungsverwaltung am 7. September 2007. Den Organisatoren der Fachtagung war es wichtig, einen Vertreter des Berufsstandes zu Wort kommen zu lassen, der nicht im sog. engeren Verflechtungsraum, d.h. im Umland von Berlin tätig ist, sondern in einer der Regionen Brandenburgs, die vor allem durch ihre ungünstig erscheinende demographische und wirtschaftliche Entwicklung bekannt geworden sind. Da der Autor zudem über die Jahre eine Personalstruktur in seinem Büro aufgebaut hat, die dem landesweiten Durchschnitt der Bürogröße entspricht, werden neben den wirtschaftlichen auch die organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen vorgestellt, unter denen ÖbVI heute tätig sind.

Strukturelle Rahmenbedingungen

Nach Beendigung seines Referendariats arbeitete der Autor zunächst einige Jahre in großen Vermessungsbüros in Norddeutschland, die regelmäßig auch in den neuen Bundesländern tätig waren. Daraus ergab sich fast zwangsläufig die Idee, die Zulassung zum ÖbVI unter sachlichen Gesichtspunkten zu planen und den Niederlassungsort nicht aufgrund persönlicher Sympathien oder familiärer Bindungen zu wählen, sondern dies ausschließlich nach wirtschaftlichen und logistischen Kriterien zu tun. Als Niederlassungsort kam recht schnell eine der letzten Kreisstädte im Land Brandenburg in die engere Wahl, in der seinerzeit noch kein ÖbVI tätig war. Zudem sollten in der ausgewählten

Region mehrere attraktive wirtschaftliche Vorhaben realisiert werden, die nicht nur Arbeitsplätze schaffen, sondern auch weitere Investoren in die Region locken würden. Zu nennen sei hier beispielhaft der geplante Bau der Magnetschwebbahn Transrapid - die weitere Entwicklung dieses Vorhabens dürfte den meisten Lesern bekannt sein.

Hatte der Landkreis Prignitz 1996 noch ca. 100 000 Einwohner, so ist diese Zahl nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg [3] bis zum 3. Quartal 2007 auf 86 640 zurückgegangen. Die Abwanderung liegt nach wie vor bei ca. 22 Einwohnern auf 1 000 Einwohner pro Jahr, was einer Quote von rund 2 % entspricht. Beeindruckend war auf der anderen Seite

Land	Einwohner [in Tsd]	ÖbVI	Einw. / ÖbVI	BIP/ Einwohner
Baden-Württemberg	10 736	150	71 573	32 840
Bayern	12 469	0	0	34 716
Berlin	3 395	45	75 444	24 536
Brandenburg	2 559	157	16 299	20 678
Bremen	663	6	110 500	40 014
Hamburg	1 744	9	193 778	50 557
Hessen	6 092	84	72 524	35 701
Mecklenburg-Vorpommern	1 707	78	21 885	20 352
Niedersachsen	7 994	105	76 133	25 864
Nordrhein-Westfalen	18 058	484	37 310	29 396
Rheinland-Pfalz	4 059	89	45 607	25 791
Saarland	1 050	9	116 667	28 782
Sachsen	4 274	120	35 617	21 828
Sachsen-Anhalt	2 470	57	43 333	20 988
Schleswig-Holstein	2 833	41	69 098	25 489
Thüringen	2 335	76	30 724	20 926
Bundesrepublik Deutschland	82 438	1 510		29 465

die Entwicklung des Berufsstandes: Waren 1996 noch 2 ÖbVI und ein Vermessungsbefugter in der Region niedergelassen, so waren es zwei Jahre später schon 6 ÖbVI. Über die statistische Verteilung von ÖbVI in der Bundesrepublik Deutschland im Allgemeinen und im Land Brandenburg im Besonderen ist von anderen bereits ausführlich berichtet worden [1]. An dieser Stelle sei unter statistischen Gesichtspunkten auf zwei besonders markante Phänomene hingewiesen: Im Land Brandenburg kommen auf einen ÖbVI lediglich 16 500 Einwohner, im Durchschnitt der Bundesländer (ohne die Stadtstaaten und Bayern) sind es 46 500 Einwohner. Während nur 3,6% der Bevölkerung in Bundesländern mit ÖbVI (also ohne Bayern) in Bran-

denburg leben, werden sie von immerhin 10,4 % der in der Bundesrepublik niedergelassenen ÖbVI bedient.

Rechnet man die jährlich vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den einzelnen Bundesländern über die Einwohnerzahl je ÖbVI um, so ergibt sich für das Land Brandenburg folgendes Bild: 337 Millionen € pro ÖbVI stehen 1,24 Milliarden € pro ÖbVI im Durchschnitt aller Bundesländer (ohne die Stadtstaaten und Bayern) gegenüber. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner schwankte im Land Brandenburg (Stand der letzten Erhebung: 2005) zwischen rund 14 300 € im Landkreis Havelland und rund 29 500 € in der Stadt Potsdam.

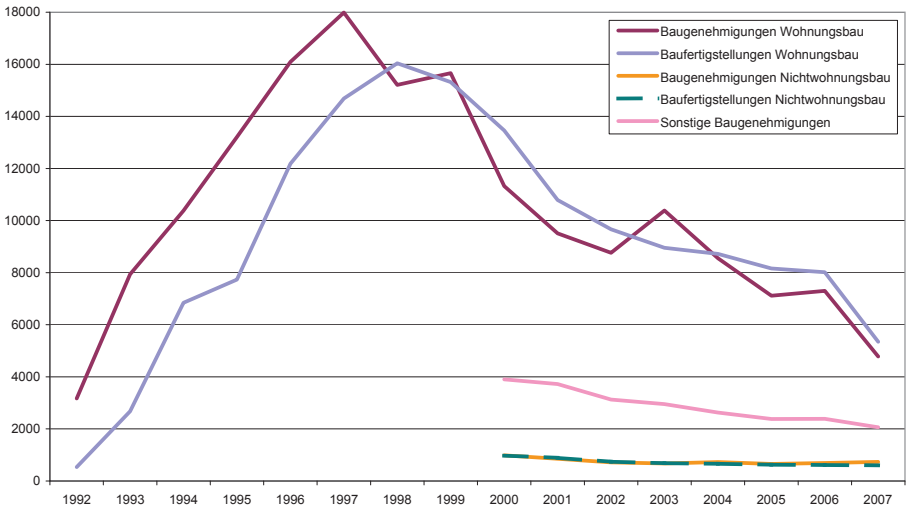


Abb. 1: Baugenehmigungen und Baufertigstellungen in Brandenburg

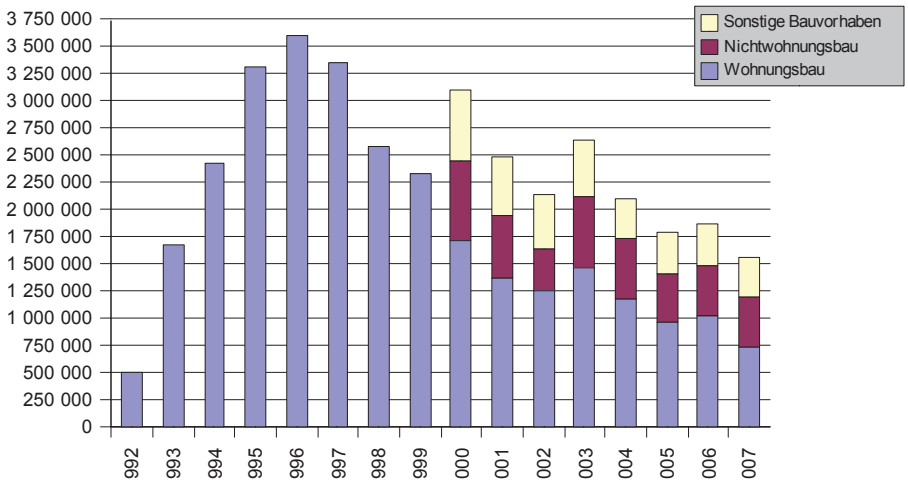


Abb. 2: Bauvolumen (bei Baugenehmigungen) in Brandenburg (in 1 000 €)

Konjunkturelle Rahmenbedingungen

Die 1990er Jahre waren einerseits geprägt durch „vereinigungsbedingte“ Vermessungstätigkeit, andererseits durch einen Bauboom im privaten Sektor, der durch die Diskussion um die Abschaffung der Eigenheimzulage mehrfach über die

Jahrtausendwende hinweg neu angeheizt wurde. Die Zahl der Baugenehmigungen sank im Wohnungsbau landesweit von 16 094 (1996) auf 7 303 (2006) bzw. 4 783 (2007) (s. Abb. 1), das Bauvolumen von 3,6 Mrd. € (1996) auf 1,0 Mrd. € (2006) bzw. 0,7 Mrd. (2007) (s. Abb. 2). Speziell die Bautätigkeit im privaten Sektor ist nicht

nur nach Auffassung des Autors der Motor für eine akzeptable Auftragslage bei den Kollegen des freien Berufes, unabhängig davon, in welcher Region des Landes sie tätig sind. Allerdings ist bei näherer Beobachtung der Statistik auch festzustellen, dass sich die Neubauvorhaben bei den Nichtwohnungsbauten ganz anders verteilen, als die Wohnungsbauten.

In den Jahren 2000 bis 2007 wurden 72 % der Wohnungsbauten, aber nur 37 % der Nichtwohnungsbauten im engeren Verflechtungsraum errichtet. Der engere Verflechtungsraum umfasst das Umland von Berlin, in dem ca. 40 % der Bevölkerung Brandenburgs leben; die Grenzen dieses Gebietes sind nicht identisch mit Kreisgrenzen. Als Vergleichsgebiet wurden die Landkreise herangezogen, die nicht an das Bundesland Berlin angrenzen: Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Ostprignitz-Ruppin, Prignitz, Spree-Neiße und Uckermark. In diesen Regionen leben ca. 28 % der Bevölkerung Brandenburgs, dort werden 26 % des Bruttoinlandsprodukts Brandenburgs hergestellt.

Die Tabellen veranschaulichen, dass der Wohnungsbau zwischen 2000 und 2007 im engeren Verflechtungsraum um ca. 50 % zurückgegangen ist, am Rand Brandenburgs sogar um 88 %. Beim Nichtwohnungsbau ist anhand der Auswertung die größere Bedeutung in ländlich geprägten Regionen erkennbar. Weitergehende Interpretationen anhand des Bauvolumens beim Nichtwohnungsbau können jedoch immer nur spekulativ sein, da bereits ein einzelnes größeres Bauvorhaben mit Investitionen im zweistelligen Millionenbereich bei der Anzahl der Baugenehmigungen nicht auffällt, durch das höhere Bauvolumen jedoch die Statistik für das gesamte Bundesland verfälschen kann. Die hier vorgestellten Daten können nur einen ersten Einblick in die regionalen Gegebenheiten bei der Neuerrichtung von Gebäuden ermöglichen. Jedem, der die regionale Baukonjunktur genauer untersuchen will, sei eine intensivere Auseinandersetzung mit den monatlich erscheinenden Auswertungen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg empfohlen. Die vorgestellten Daten

Baugenehmigungen und Bauvolumen (in 1 000 €) im Wohnungsbau

Zeitraum	Brandenburg		Engerer Verflechtungsraum		EE, OSL, OPR, PR, SPN, UM	
	2000	11 325	3 360 798 €	6 951	1 052 929 €	1 906
2007	4 783	725 378 €	3 518	531 989 €	423	66 190 €
2000-2007	67 751	11 324 953 €	45 029	6 449 849 €	8 948	1 581 941 €

Baugenehmigungen und Bauvolumen (in 1 000 €) im Nichtwohnungsbau

Zeitraum	Brandenburg		Engerer Verflechtungsraum		EE, OSL, OPR, PR, SPN, UM	
	2000	984	736 722 €	316	335 829 €	333
2007	735	458 866 €	279	237 045 €	241	103 527 €
2000-2007	6 015	4 278 149 €	2 112	1 989 345 €	2 065	1 043 613 €

verdeutlichen, dass ein Vermessungsbüro, das vornehmlich in Regionen mit fast erloschener Konjunktur im Wohnungsbau tätig ist, sehr stark auf andere Bereiche des hoheitlichen Vermessungswesens oder der Ingenieurvermessung angewiesen ist. Für ein Vermessungsbüro, das nicht alleine von der Konjunktur im Wohnungsbau abhängig ist, lässt sich vereinfachend sagen, dass die Entscheidung, ob ein einzelnes Kalenderjahr in wirtschaftlicher und damit finanzieller Hinsicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte, meist nur abhängig ist von der effektiven Bearbeitung einiger weniger Aufträge.

Büroorganisation

Die Frage, welche organisatorische Struktur ein Vermessungsbüro, das vorwiegend Katastervermessungen durchführt, optimalerweise haben sollte, ist oft diskutiert worden. Dass diese Frage nicht annähernd objektiv beantwortet werden kann, sollen die folgenden Ausführungen verdeutlichen. Zudem wird schnell deutlich, dass die Vorteile eines „kleinen“ Vermessungsbüros im Hinblick auf personelle und finanzielle Gestaltungsmöglichkeiten auch immer potentielle Nachteile sind. Die Konkurrenzfähigkeit eines kleinen Ingenieurbüros hängt vor allem von der hohen Qualifikation und dem Engagement aller Mitarbeiter ab. Das bedeutet einerseits, dass auch in kleinen Büros durch ständige Weiterbildung und Beschäftigung mit aktuellen Entwicklungen versucht werden muss, das Fachwissen aller Mitarbeiter auf hohem Niveau zu halten. Andererseits ist die Qualität der abgelieferten Arbeiten nicht nur von der Qualifikation der Mitarbeiter, sondern auch von ihrer Tagesform abhängig. Es müssen daher auch in kleinen Büros immer Strukturen

vorhanden sein, die bei allen wichtigen Arbeitsschritten die Qualitätssicherung nach dem Vier-Augen-Prinzip ermöglichen. Beim Ausfall von Mitarbeitern müssen ebenfalls Kompensationsmöglichkeiten vorhanden sein. Die flexibleren arbeitsrechtlichen Regelungen in Kleinbetrieben haben den Vorteil, dass bei stärkeren konjunkturellen Schwankungen schneller auf neue personelle Anforderungen reagiert werden kann. Eine „hire-and-fire“-Mentalität, wie sie bestimmten Branchen nachgesagt wird, hat sich dabei aber nicht entwickeln können – im Gegenteil! Im Kleinbetrieb steigt die Hemmschwelle qualifizierte Mitarbeiter, die man jahrelang eingearbeitet hat, zu entlassen und bei neuen Mitarbeitern wird man besonders sorgfältig auf die Qualifikation und individuelle Fähigkeiten achten, bevor man sich zu einer Einstellung entschließt. In einem kleinen Ingenieurbüro ist die ständige Verfügbarkeit des Geschäftsinhabers Pflicht. Das bedeutet, dass auch bei Abwesenheit vom Büro (z.B. in Urlaubszeiten) immer noch zumindest telefonisch eine regelmäßige Kommunikation mit den Mitarbeitern und in besonderen Fällen auch mit Auftraggebern stattfindet.

Neben der personellen Situation soll auch die betriebswirtschaftliche Situation kritisch hinterfragt werden. Ein kleines Büro arbeitet betriebswirtschaftlich oft transparenter, weil die Arbeitsabläufe vom Inhaber besser beobachtet werden können, und die Wirtschaftlichkeit in Teilbereichen somit direkter beurteilt werden kann. Das Investitionsrisiko bei teuren Anschaffungen oder Gütern, die steuerlich über lange Zeiträume abgeschrieben werden müssen, ist höher. Allerdings führt dieser Sachverhalt vermutlich auch dazu, dass neue Investitionen sehr sorgfältig abgewo-

gen werden. Die Kosten für branchenspezifische Hard- und Software bewegen sich traditionell im Bereich der Schmerzgrenze und blockieren häufig andere Investitionen. Bei den Lizenzgebühren für Software werden kleine Büros in der Regel aufgrund der Kostenstruktur benachteiligt. Die Energiekosten haben sich in den letzten Jahren so entwickelt, dass sie für ÖbVI in ländlich geprägten Regionen, in denen oft längere Anfahrtswege für Vermessungsarbeiten in Kauf genommen werden müssen, zu einem spürbaren Kostenfaktor werden können. Auf der anderen Seite sei nicht verschwiegen, dass die Kosten für Telekommunikation in den letzten Jahren erheblich gesunken sind.

Traditionell war die spätere Übergabe des Betriebes an einen Nachfolger ein wichtiger Bestandteil der Altersversorgung eines Freiberuflers. Dieser Ansatz sollte heute sehr kritisch beurteilt werden, unabhängig von der Bürogröße. Zum einen lassen die schnellen Änderungen bei den politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Planung über Jahrzehnte kaum noch zu, zum anderen ist fraglich, ob ein potenzieller Nachfolger noch in der Lage sein wird, die Übernahme eines Betriebes wirtschaftlich sinnvoll zu finanzieren. Diese Überlegung ist sicherlich spekulativ, führt aber im Umkehrschluss dazu, dass die eigene Altersversorgung bis zum Ausscheiden aus dem Beruf, in welcher Form auch immer, geregelt sein muss, wodurch dem Betrieb laufend Liquidität und damit auch Gestaltungsmöglichkeiten entzogen werden.

Bürogröße

Aus technischer Sicht können heute, eine entsprechend geringe Auftragslage vorausgesetzt, vermutlich 80 % bis 90 %

der häuslich und örtlich anfallenden Arbeiten, von einem ÖbVI ohne Mitwirkung von Personal durchgeführt werden. Das führt zu der Überlegung, auf Mitarbeiter fast ganz zu verzichten (von einigen Aushilfsarbeiten vielleicht abgesehen) und die Dinge im Büro sowie im Außendienst fast vollständig „selbst in die Hand zu nehmen“. Dieses Konzept wird in der Praxis, nicht nur in Brandenburg, im Übrigen bereits vorgelebt. Aus wirtschaftlicher Sicht ist dieser Ansatz sogar charmant, denn der Geschäftsinhaber, der ja den größten Teil der Arbeiten selbst durchführt, hat bei jedem Arbeitsschritt die Möglichkeit, auf ein Höchstmaß an Effizienz zu achten und kann so wirtschaftliche Erfolge unmittelbar erleben. Somit können besonders kleine Büros wirtschaftlich – relativ gesehen – sogar erfolgreich sein. In diesem Zusammenhang darf über die ideale Mindestgröße eines Vermessungsbüros diskutiert werden, denn aus Sicht des Autors ist genau diese Form der Berufsausübung eines Einmannbüros alles andere als sinnvoll:

- Die Aufgaben des ÖbVI sind in besonderem Maße durch die persönliche Beratung und Betreuung der Antragsteller geprägt. Die zu diesem Zweck erforderliche Bürgernähe kann trotz moderner Kommunikationsmedien nur sichergestellt werden, wenn der ÖbVI zu den üblichen Bürozeiten in seiner Geschäftsstelle präsent ist. Eine unbesetzte Geschäftsstelle hinterlässt zudem bei unangemeldeten Besuchern einen negativen Eindruck.
- Es besteht die Gefahr, dass Kundenkreise, die eher unattraktive Vermessungsanträge stellen, gezielt ignoriert werden, um nur lukrativere Aufträge zu bearbeiten.

- Die zügige Abarbeitung von „Spitzen“ beim Auftragsseingang ist eher durch Personal realisierbar, das man nicht neu einstellt, sondern aus anderen Bereichen im Büro „umsetzt“. Selbst ein kleineres Büro sollte eine Personalstärke aufweisen, die in besonderen Fällen auch weitere Kapazitäten im Außendienst oder Innendienst aktivieren kann.
- Ein „Ein-Mann-Betrieb“ ist wirtschaftlich oft funktionsfähiger als erwartet. Das kehrt sich aber ins Gegenteil um, wenn die Auftragslage so schlecht wird, dass der Beruf quasi im Nebenerwerb ausgeübt wird. Wenn anspruchsvolle Tätigkeiten nur unregelmäßig und in größeren Zeitabständen ausgeübt werden, muss sich der Bearbeiter immer wieder neu in die Materie einarbeiten, was durch den erhöhten Zeitaufwand zwangsläufig zu höheren Kosten führt.

Die personelle und technische Mindestausstattung der Geschäftsstelle eines ÖbVI ist im Einzelfall abhängig von der Auftragsstruktur und den fachlichen Möglichkeiten des Geschäftsinhabers und seiner Mitarbeiter. Eine Faustformel wird man dafür nicht entwickeln können, so dass auch gesetzliche Vorgaben eher kritisch zu beurteilen sind.

Technische Rahmenbedingungen

Die technische Entwicklung ist seit den 1990er Jahren nicht so spektakulär verlaufen, wie in den Jahren davor. Allerdings ist eine effektive Nutzung von GPS durch ausgereifere Geräte und trotz gelegentlicher Widrigkeiten dank des Positionierungsdienstes SAPOS® erst in den letzten Jahren möglich. Zu vergessen sei auch nicht, dass die Nutzung von Tachymetern im Ein-Mann-Betrieb aus technischen Gründen (Fehleranfälligkeit) erst seit wenigen

Jahren wirtschaftlich praktikabel ist. Auch wenn der Ein-Mann-Betrieb im Bereich „Katastervermessung“ selten sinnvoll ist, sei die Mutmaßung erlaubt, dass der Personalarückgang der letzten Jahre bei den ÖbVI in Brandenburg nicht nur konjunkturelle Gründe hat, sondern auch den geänderten technischen Gegebenheiten zu verdanken ist. Die flächendeckende Einführung der ALK hat die tägliche Arbeit in technischer Hinsicht bereichert. Der Abruf von digitalen Katasterdaten sollte allen ÖbVI ermöglicht und von allen genutzt werden. Die relativ geringe Zahl der Anbieter von Branchensoftware führt neben der bereits erwähnten finanziellen Belastung teilweise auch zu einer Abhängigkeit, wenn aufgrund geänderter technischer oder rechtlicher Bedingungen eine Weiterentwicklung der Software erforderlich wird. Praxisgerecht funktioniert die Software nur, wenn bei der Entwicklung ein ständiger Kontakt zu den späteren Nutzern besteht. Der Einsatz freier Software kann heute in den Bereichen Betriebssysteme für Serverbetrieb, Bürosoftware, Internetkommunikation und bei der Datenaufbereitung und Präsentation für Geoinformationssysteme (GIS) auch in kleinen Büros eine sinnvolle Alternative sein. Häufig ist eine längere Einarbeitungszeit als bei kommerzieller Software erforderlich, allerdings wird dies durch die geringeren Kosten wieder ausgeglichen. Die intensivere Beschäftigung mit der Software führt als Nebeneffekt zu einer zusätzlichen fachlichen Qualifikation im Büro.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Bemerkenswert ist aus der Sicht des Praktikers die besonders hohe Frequenz bei der Änderung und Neufassung von Rechtsvorschriften:

- Das Vermessungs- und Liegenschaftsgesetz wurde seit 1991 zweimal neu gefasst und zweimal geändert, eine weitere Neufassung hat bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht.
- Die auf dem Liegenschaftsgesetz aufbauende Kostenordnung wurde ebenfalls zweimal neu gefasst und dreimal überarbeitet, auch hier ist seit längerem die nächste Änderung abzusehen.
- Die Brandenburgische Bauordnung wurde im gleichen Zeitraum dreimal neu gefasst und ungefähr sechsmal geändert.

Diese Gesetze und Verordnungen seien beispielhaft erwähnt, weil mit der Neufassung eines Fachgesetzes auch immer eine Vielzahl von anderen Vorschriften geändert wird, deren Anwendung dann in den Vermessungsbüros, aber natürlich auch in der Verwaltung, erst theoretisch und danach praktisch eingeführt werden muss, was in der Praxis mit erheblichem wirtschaftlichen und organisatorischen Aufwand verbunden ist. Beeindruckend ist auch, wie der Wunsch nach Deregulierung oft nur zur Absenkung von Standards geführt hat. Es bleibt zu hoffen, dass die immer wieder aufkommenden Diskussionen über die Abmarkungspflicht, die Grenzuntersuchung, die Gebäudeeinemessung und den amtlichen Lageplan (um nur einige Beispiele zu nennen) nicht zu rechtlichen Rahmenbedingungen führen, die mittelfristig vor allem zu einer Benachteiligung des Bürgers führen. Es sei besonders betont, dass die Zusammenarbeit mit der Kataster- und Bauverwaltung kollegial und konstruktiv verläuft, was sich auch immer wieder bei den gemeinsamen Fachtagungen zeigt.

Fazit und Prognose

Wenn man ein Fazit der bisher geschilderten Entwicklungen zieht, taucht

wegen der angespannten konjunkturellen Lage immer auch die Frage nach der Zukunft des eigenen Berufsstandes auf. Das ist insofern nachvollziehbar, da die wirtschaftliche Situation von Kollegen aus Brandenburg in den letzten Jahren vermehrt als bedrohlich empfunden wird. Bei ständig zurückgehender Auftragslage, besonders in den Büros, die aufgrund ihrer regionalen Lage in erster Linie von der Baukonjunktur gelebt haben, kommt es auch zu einem weiteren Personalabbau, der von vielen Kollegen in dieser unerwarteten Form als Katastrophe empfunden wird.

Es gibt derzeit kaum Hinweise darauf, dass mittelfristig positive Impulse für das öffentliche Vermessungswesen von der Baukonjunktur ausgehen. Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, dass die derzeitige wirtschaftliche Situation noch geraume Zeit Bestand haben wird. Sinkenden Einnahmen stehen zudem steigenden Kosten in vielen Bereichen gegenüber, die die Handlungsmöglichkeiten vieler Freiberufler weiter begrenzen und einschränken werden. Die Eröffnung neuer Geschäftsfelder sollte der ÖbVI nicht aus den Augen verlieren: Speziell bei der Verkehrswertermittlung von Immobilien und im Bereich der Geografischen Informationssysteme können sich interessante Möglichkeiten ergeben. Vor allzu viel Optimismus sei aber auch hier gewarnt: Im Bereich der Verkehrswertermittlung versuchen sich auch Vertreter anderer Disziplinen, die ebenfalls unter der schlechteren Baukonjunktur leiden, zudem ist auch der Markt der Wertermittlung in erster Linie abhängig von der Baukonjunktur. Im Bereich der Geografischen Informationssysteme haben ÖbVI nur dann eine realistische Chance, wenn sie als Lieferant von besonders hochwer-

tigen Daten oder bei der Datenveredelung auftreten.

Der ÖbVI ist in der Praxis in jedem Fall auf das klassische Vermessungsgeschäft als Haupttätigkeitsfeld und Einkommensquelle weiterhin angewiesen, andernfalls ist seine wirtschaftliche Existenz massiv bedroht! Mit der ungünstigen Auftragslage und der damit einhergehenden Nervosität im freien Beruf verstärkt sich landesweit die Angewohnheit, in der Nähe niedergelassene Berufskollegen mit besonders großem Argwohn zu beobachten und offen oder verdeckt Streitereien mit Kollegen anzufangen. Zu beobachten ist auch, dass sich zahlreiche Kollegen „einigeln“ und an Fachveranstaltungen nicht mehr teilnehmen, weil sie die Anwesenheit anderer Kollegen aufgrund des hohen psychologischen Konkurrenzdrucks als unangenehm empfinden.

Bei einer noch länger anhaltenden schwachen Baukonjunktur wird die wirtschaftliche Flexibilität in zahlreichen Büros von ÖbVI in Brandenburg in den kommenden Jahren weiter sinken und die fachliche Leistungsfähigkeit dadurch ebenfalls negativ beeinflussen. Darüber hinaus lässt sich prognostizieren, dass sich gleichzeitig das Verhalten unter den Kollegen aufgrund der oft sehr subjektiv wahrgenommenen Konkurrenzsituation so verschärfen wird, dass es mit den Möglichkeiten der Berufsaufsicht oder des Berufsverbandes nur schwer entschärft werden kann.

Quellen

[1] Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland: AdV für das Amtliche deutsche Vermessungswesen, Tätigkeitsbericht 2006/2007, S. 5

[2] Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Juli 2007: Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands 1992 und 1994 bis 2005, zitiert nach <http://www.statistikportal.de/statistik-portal/publ.asp#Querschnittsdaten>

[3] Statistische Berichte F II 1 des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, zitiert nach http://www.statistik-berlin-brandenburg.de/Publikationen/Stat_Berichte/SB-sachgeb.asp?kennz1=F21&kennz2=F2&kennz3=F2

